

Ratsherr Döring kritisiert die erheblichen Abweichungen zwischen der ersten Kostenschätzung und der aktuellen Berechnung der Kosten für die Baumaßnahme. Insgesamt sei der sich ergebende Quadratmeterpreis für den Bau deutlich zu hoch und nicht nachvollziehbar.

Diese Kritik gelte auch bezogen auf die in TOP 14. aufgeführte Maßnahme.

Herr Stadtrat Dörflinger erläutert den Ablauf der Investitionsplanung:

Die Kostenschätzung erfolgt auf Basis des Raumprogramms ohne Begehung der Örtlichkeit. Es wird ein angenommener Quadratmeterpreis zugrunde gelegt, ohne dass Spezifika berücksichtigt werden. Auf dieser Schätzung basiert der Haushaltsansatz.

Im Anschluss erfolgen die Ausführungsplanung und dann die Ermittlung von Preisen. In beiden Fällen seien spezifische Anpassungen an die bestehenden Gebäude erforderlich gewesen, die zu der Erhöhung der Kosten beigetragen hätten.

Die Sachlage wird als unbefriedigend kritisiert. Es stelle sich die Frage nach dem Sinn einer Haushaltsplanung, wenn diese auf irrelevanten Informationen basiert, die nicht einmal annähernd realistischen Größenordnungen entsprächen.

Ratsherr Döring bittet zur Beratung im Fachausschuss Folgendes schriftlich darzulegen:

1. Gründe für die exorbitanten Abweichungen zwischen erster Kostenschätzung und aktueller Berechnung
2. Berechnung der Quadratmeterpreise für die Baumaßnahme.

Ratsherr Kühl regt an, abzugleichen, ob der tatsächlich beantragte Bau noch der ursprünglichen Planung, die der ersten Kostenschätzung zugrunde gelegen hatte, entspricht. Ggf. haben Abweichungen in der Planung zu der Kostensteigerung geführt. Anderenfalls müsse geprüft werden, inwieweit die Kostenschätzung korrekt vorgenommen worden ist.

Auf Nachfrage wird bestätigt, dass die Maßnahmen noch nicht durchgeführt sind. Es bestünde noch die Möglichkeit, Änderungen an der Planung vorzunehmen. Herr Stadtrat Dörflinger weist darauf hin, dass beide Maßnahmen auch in der entsprechenden Ausführung erforderlich seien.

Ratsherr Döring teilt mit, beide Vorhaben würden die Notwendigkeit, sich wieder intensiver mit dem Baubereich zu befassen, verdeutlichen.

So werde überlegt, den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss in zwei Gremien aufzuteilen. Auf diese Weise könne eine bessere Einbindung der Selbstverwaltung bei Hoch- und Tiefbaumaßnahmen gewährleistet werden.

Es erfolgt Kenntnisnahme.